



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 35

P/VI/63

10. April 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

---

Der "Aussenminister" auf Reisen	S. 1
Deutsche Minderheit in Dänemark	S. 4
Fritz Henssler 65 Jahre	S. 5
Ostzonen-Eisenbahn russifiziert	S. 5

---

## Adenauer in Paris

---

P.R. Als letzter deutscher Aussenminister in Friedenszeiten hielt sich Herr von Ribbentrop in offizieller politischer Mission in Paris auf. Das war vor gut 12 Jahren. "Die deutsche Regierung und die französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, dass friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichsten Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen", hiess es in einer Erklärung, die am 6. Dezember 1938, am Ende des Jahres der bösen Täuschungen, wie man in Anlehnung an ein bekanntes Erinnerungsbuch sagen kann, unterzeichnet wurde. Eine solche beispielloser Hybris trug danach ein verbrecherisches Regime bis auf den Kamm, von dem es alsbald ins Nichts herabstürzte und eine Welt mit in den Abgrund riss.

Aus diesem Abgrund arbeitete sich Deutschland mühsam empor. Betrachtet man die Dinge etwas oberflächlich, so könnte man annehmen, die Reise des Aussenministers der neuen, jungen Bundesrepublik nach Paris zur Unterzeichnung eines zwar paraphierten, aber noch lange nicht ratifizierten Vertrages, der wie jener der (?) "Konsolidierung der Verhältnisse in Europa" dienen soll, wäre an sich

schon ein begrüßenswerter Fortschritt. Voraussetzungen und Umstände, unter denen das geschieht, widersprechen solcher Auffassung. Zwar kann man gewiss sein, dass vor, während und nach der Unterzeichnung des Schumanplanes in Paris an wohlklingenden Worten, die sich um den Begriff Europa ranken, kein Mangel sein wird. Sicher wird auch viel ehrlicher Wille dahinter stehen, wenn wir auch nicht sagen möchten, dass das überall der Fall ist.

Dies ist der Kern. Die Befürworter der Unterschrift meinen, man solle doch begreifen: es ist ein erster praktischer Schritt, ein fest umrissener Anfang, mit Mängeln behaftet, aber doch besser als nichts. Man können einen Bau nicht beim Dach, man müsse ihn mit dem Fundament beginnen - gut. Aber dieses Fundament ist morsch und gänzlich ohne dauerhafte Tragfähigkeit. - Das müsse sich erst erweisen, wendet man dagegen ein. - Gewiss, durch den Einsturz dieses Europahauses, noch ehe es fertig ist, durch eine endgültige, vernichtende Bloßstellung dieser letzten Hoffnung für die Vorstellungswelt zahlloser, vor allem jüngerer Menschen in allen Ländern. Es liegt eine erdrückende Beweislast dafür vor, dass der Schuman-Plan schon in seiner gegenwärtigen fragmentarischen Form, von den noch ausstehenden wahrscheinlich unliebsamen Überraschungen nach der Unterzeichnung ganz abgesehen, untragbar ist und auf die Fundamentierung nicht eines neuen lebensfähigen Europas, wie man das immer wieder hört, sondern eines bestimmten Teiles dieses Kontinentes, ja im Grunde eines Landes - Frankreichs - hinausläuft.

Die SPD "mobilisiere das Misstrauen" mit ihrem Kampf gegen den Schuman-Plan, hat man in der Absicht gesagt, diese Politik zu diffamieren. Wenn man es so sehen will, soll man es tun. Die SPD glaubt, jeden Grund für ein solches Misstrauen zu haben, wie sie es erwiesenermaßen zu Recht auch bei der Beurteilung des Europarates gehabt hat. Vertrauen am Beginn einer so grossen Aufgabe, wie es die Schaffung eines vereinheitlichten Europas ist, ist sicher gut und notwendig, soweit es durch materielle und psychologische Tatsachen begründet ist. Vertrauensseligkeit aber ist, besonders in der Politik, vom Übel. Auch wird sich vermutlich wieder

das Klagen darüber erheben, dass man in Deutschland nicht einmal in aussenpolitischen Fragen zwischen Regierung und Opposition zu einer Einigung kommen könne, wie sie doch z.B. so musterhaft in den angelsächsischen Ländern vorexerziert werde. Und wieder wird man darauf hinzuweisen haben, dass die Grundlagen jener Gemeinsamkeit in den anderen Ländern von denen in Deutschland völlig verschieden sind. Sie beruhen dort auf einer vorangegangenen, wenn nicht vollkommenen, so doch weitgehenden Verständigung der Partner, die hier durch die Regierungspolitik der vollendeten Tatsachen ersetzt wird, mit der sich die Opposition verständlicherweise nicht einverstanden erklären kann. Das Eingehen auf diese Methode wäre verantwortungslos, vielleicht sogar Verrat an der eigenen besseren Einsicht von dem, was für das deutsche Volk notwendig ist. Das bezieht sich, konkret gesprochen, auf die Behandlung der Saarfrage durch die Regierung ebenso wie auf deren positive Einstellung zum Schuman- und zum Plevén-Plan.

Die Tatsache, dass der Bundeskanzler und Außenminister Adenauer nicht der Regierungschef eines gleichberechtigten, voll souveränen Staates ist, kann man natürlich nicht ihm zur Last legen. Dass er diese Tatsache aber mit einer gewissen Unbekümmertheit hinnimmt, und von ihr seine politischen Methoden und Entschlüsse soweit bestimmen lässt wie er es tut, ist nicht gut, auch wenn er das Realpolitik nennt.

+ + +

Deutsch-russische Funktionär-Ausweise  
-----

(sp) Der Landesverband Sachsen der CDU hat alle an seine Funktionäre ausgehändigten Rednerausweise für ungültig erklärt. Diese Anordnung wird mit der starken Fluktuation innerhalb der CDU-Funktionäre begründet. Die neuen Ausweise werden in deutscher und russischer Sprache ausgefertigt sein. Allgemein wird angenommen, dass diese Aktion der Vorläufer einer neuen "Säuberung" ist, bei der die Sowjets federführend sein werden.

+ + +

Volksdeutsche Stabilisierung in Nordschleswig

Dr.-a Kopenhagen.

Die einzige Überraschung der kürzlichen dänischen Wahlen war die nach dem Krieg erstmalig wieder erkennbare Stabilisierung der volksdeutschen Minderheit in Nordschleswig. Das dänische Blatt "Information" hat durchaus recht mit seiner Feststellung, dass die volksdeutsche Minderheit in Nordschleswig bei dieser Wahl die Ziele erreichte, die sie sich gesteckt hatte. Ein Mandat zum Landsting zu erkämpfen, war von vornherein aussichtslos. Das Wahlrechtsalter für das Landsting beträgt nämlich 35 Jahre - das höchste in Europa - für das Folketing (Zweite Kammer) jedoch nur 21 Jahre. Und obwohl also 14 Jahrgänge wegfielen, erhielten die Volksdeutschen 5.810 Stimmen, während sie bei der Folketingwahl im vorigen September (damals also Wahlalter 21 Jahre) nur 6.406 erreichen konnten. Oder in Prozenten: bei der Folketingwahl im September 1950 erhielten die Volksdeutschen 7 % der abgegebenen Stimmen in Nordschleswig, bei der soeben stattgefundenen Ergänzungswahl zum Landsting 11.1 %. Vor dem Kriege lag zwar der Anteil der deutschen Stimmen bei 15.6 %, aber da bei einer Landstingwahl der Gang zur Wahlurne für die Volksdeutschen nur den Charakter und die Wirkung einer Demonstration haben konnte, war eine begrenzte Wahlbeteiligung naheliegend.

Man macht auch in dänischen Kreisen kein Hehl daraus, dass diese dänische Landstingwahl den Beweis für die politische Stabilisierung der Volksdeutschen in Nordschleswig erbrachte. Ernsthafte Bedenken hiergegen werden umso weniger geäußert, als die politische und kulturelle Leitung der volksdeutschen Gruppe überwiegend in den Händen sehr ruhiger und besonnener Männer liegt. Nach dem nunmehr erfolgten politischen Stabilisierungsprozess dürfte kaum ein Zweifel bestehen, dass sich die Volksdeutschen bei der nächsten Folketingwahl, wo das Wahlalter 21 Jahre beträgt, ein Mandat sichern werden. Hinzu kommt, dass rund 2.000 Volksdeutsche, die wegen Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht verurteilt waren, amnestiert sind und nunmehr ihr dänisches Wahlrecht wieder erhalten haben. Dieses eine Mandat im Folketing würde den Vorkriegsverhältnissen entsprechen und somit auch zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der deutschen Minderheit und Dänemark beitragen.

Fritz Henssler, ein Fünfundsechziger  
 -----

(sp). Fritz Henssler-Dortmund, der am 12. April 65 Jahre alt wird, ist einer der besten Männer der deutschen Sozialdemokratie. Er gehört zu den Politikern, deren Lebensweg den Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung widerspiegeln. Fritz Hensslers Entwicklung ist die eines Menschen, der in frühester Jugend zur Sozialdemokratie kam, rastlos arbeitete, Siege und Niederlagen erlebte und heute noch eine Arbeitslast trägt, die manchen Jüngeren erdrücken würde. 1905 stiess der junge Buchdrucker aus Altensteig in Württemberg zur Sozialdemokratie, 1911 wurde er Redakteur in Dortmund. Von 1920 bis 1930 war er daneben Bezirksvorsitzender im Bezirk Westliches Westfalen der SPD. Er war Stadtverordnetenvorsteher in Dortmund und von 1930 bis 1933 Mitglied des Reichstags.

Dann kam die braune Finsternis über Deutschland. Für Fritz Henssler bedeutete sie neun Jahre Haft, davon acht im KZ. Aber ungebrochen nahm er 1945 die Arbeit wieder auf seine Schultern: in Dortmund, in der Landespolitik, im Kampf gegen die Demontagen, in der Partei, deren Vorstand er angehört und seit 1949 auch im Bundestag.

Wissen, Patkraft und ein lauterer Charakter zeichnen den Menschen und Politiker Fritz Henssler. Die sozialistische Überzeugung ist bei ihm Sache des ganzen Menschen. Er ist sein Leben lang ein einfacher Mann geblieben, "ein Sohn des Volkes". Wie selten einer tritt er hinter seinem Werk, seiner Tat zurück. Nicht zuletzt aber ist ihm eine seltene Gabe eigen: die unbedingte Ehrlichkeit und der Mut, mit dem er seine Meinung vorträgt, nicht nur im Kampf gegen die Demontagen bei der Besatzungsmacht, sondern vor jedem Forum das ihm geeignet erscheint. Er hat den Mut zur Unpopularität und es ist keineswegs paradox, dass er gerade darum populär ist. Die Arbeiter des Ruhrgebietes kennen seit einem Menschenalter ihren Fritz und sie haben ihm noch nie die Gefolgschaft versagt.

+ + +

Ostzonen-Eisenbahn nach Sowjet-Muster  
 -----

(sp) Die Sowjetisierung der Ostzonen-Eisenbahn, das heisst die Einführung sowjetischer Arbeitsmethoden, macht rasche Fortschritte. Alle Massnahmen zielen darauf hin, das ostzonale Eisenbahnwesen mehr

als bisher mit dem der östlichen Nachbarn zu koordinieren. Das ist auch der Grund dafür, dass in letzter Zeit mehrere Delegationen der Industrie-Gewerkschaft Eisenbahn in die Sowjetunion geführt wurden, um die sowjetischen Aktivistenmethoden an Ort und Stelle zu studieren. Mitte März reiste erneut eine solche Delegation in die Sowjetunion. Diese soll das Signal für eine grundsätzliche Kehrtwendung der Ostzonen Eisenbahn und ihrer Arbeitsweise sein, das Signal "für eine verstärkte Anwendung der Wettbewerbs- und Aktivistenmethoden".

Es mag höchst seltsam und verwirrend klingen, dass ausgerechnet das bekanntlich auf hoher Stufe stehende deutsche Eisenbahnwesen - wovon bis jetzt auch in der Ostzone trotz aller Materialschwierigkeiten noch ein traditionsgebundener Grundzug vorzufinden war - dass ausgerechnet dieser Verkehrszweig von sowjetischen Methoden und "Neuerungen" lernen und studieren soll. Bekanntlich hat das sowjetische Eisenbahnwesen noch nie einen Gesamtvergleich mit dem des west-europäischen Wirtschaftsraums ausgehalten.

Indes wird es der Ostzonen-Eisenbahn zur Pflicht gemacht, sowjetische Methoden bedingungslos zu imitieren. So musste kürzlich erstmals das in der Sowjetunion entwickelte System des "Blitzplakates" übernommen werden, mit dessen Hilfe die von "Eisenbahner-Aktivisten" ausgeklügelten Arbeitsnorm-Erhöhungen in allen Werkstätten und Betriebswerken der Ostzonen-Eisenbahn "blitzschnell" bekanntgemacht werden sollen. Das "Blitzplakat" ist ein dauernder "Mahnruf" an alle Eisenbahner, es den "Aktivisten", den "Brigadieren" und den "Helden der Arbeit" gleichzutun und ihre Leistungen weitgehend zu erreichen. Mit anderen Worten: Das "Blitzplakat" ist ein weiteres Mittel des ostzonalen Antreibersystems, dem zukünftig weitere folgen sollen. Dazu gehören auch die jünger in der Ostzone entwickelten "Komplexwettbewerbe" zwischen Eisenbahn und volkseigener Industrie, um gegenseitig die Arbeits- und Leistungsnormen in die Höhe zu treiben. Bisher wurden 40 derartiger "Komplexwettbewerbe" mehr oder weniger unfreiwillig abgeschlossen. Auch die Erfindung dieser Wettbewerbsart geht auf sowjetischen Ursprung zurück, wobei als Lehrfibel für die ostzonalen Eisenbahner-Aktivisten das im Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau erschienene Buch "Auf des Fünfjahresplans-Bahnen" von Schaginian vorgeschrieben wurde.

Gleichzeitig wird - analog den Verhältnissen in der Sowjetunion - die Frauenarbeit in den schweren Berufen des Eisenbahnbetriebes intensiviert. So wurde Ende März der erste Frauenzug der Ostzonen-Eisenbahn, in Neubrandenburg, dem Verkehr übergeben. Selbst Lokomotivführer und Heizer sind Frauen. Andere Eisenbahnbezirke werden diesem "fortschrittlichen Beispiel" folgen. Ebenso sollen für andere schwerere Berufe, wie Schlackenabladen, Rangierbetrieb und nächtlichen Zugabfertigungsdienst in erhöhtem Umfang Frauen eingespannt werden.

als bisher mit dem der östlichen Nachbarn zu koordinieren. Das ist auch der Grund dafür, dass in letzter Zeit mehrere Delegationen der Industrie-Gewerkschaft Eisenbahn in die Sowjetunion geführt wurden, um die sowjetischen Aktivistenmethoden an Ort und Stelle zu studieren. Mitte März reiste erneut eine solche Delegation in die Sowjetunion. Diese soll das Signal für eine grundsätzliche Kehrtwendung der Ostzonen Eisenbahn und ihrer Arbeitsweise sein, das Signal "für eine verstärkte Anwendung der Wettbewerbs- und Aktivistenmethoden".

Es mag höchst seltsam und verwirrend klingen, dass ausgerechnet das bekanntlich auf hoher Stufe stehende deutsche Eisenbahnwesen - wovon bis jetzt auch in der Ostzone trotz aller Materialschwierigkeiten noch ein traditionsgebundener Grundzug vorzufinden war - dass ausgerechnet dieser Verkehrszweig von sowjetischen Methoden und "Neuerungen" lernen und studieren soll. Bekanntlich hat das sowjetische Eisenbahnwesen noch nie einen Gesamtvergleich mit dem des west-europäischen Wirtschafterraums ausgehalten.

Indes wird es der Ostzonen-Eisenbahn zur Pflicht gemacht, sowjetische Methoden bedingungslos zu imitieren. So musste kürzlich erstmals das in der Sowjetunion entwickelte System des "Blitzplakates" übernommen werden, mit dessen Hilfe die von "Eisenbahner-Aktivisten" ausgeklügelten Arbeitnorm-Erhöhungen in allen Werkstätten und Betriebswerken der Ostzonen-Eisenbahn "blitzschnell" bekanntgemacht werden sollen. Das "Blitzplakat" ist ein dauernder "Mahnruf" an alle Eisenbahner, es den "Aktivisten", den "Brigadieren" und den "Helden der Arbeit" gleichzutun und ihre Leistungen weitgehend zu erreichen. Mit anderen Worten: Das "Blitzplakat" ist ein weiteres Mittel des ostzonalen Antreibersystems, dem zukünftig weitere folgen sollen. Dazu gehören auch die jüngst in der Ostzone entwickelten "Komplexwettbewerbe" zwischen Eisenbahn und volkseigener Industrie, um gegenseitig die Arbeits- und Leistungsnormen in die Höhe zu treiben. Bisher wurden 40 derartiger "Komplexwettbewerbe" mehr oder weniger unfreiwillig abgeschlossen. Auch die Erfindung dieser Wettbewerbsart geht auf sowjetischen Ursprung zurück, wobei als Lehrfibel für die ostzonalen Eisenbahner-Aktivisten das im Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau erschienene Buch "Auf des Fünfjahresplans-Bahnen" von Schaginian vorgeschrieben wurde.

Gleichzeitig wird - analog den Verhältnissen in der Sowjetunion - die Frauenarbeit in den schweren Berufen des Eisenbahnbetriebes intensiviert. So wurde Ende März der erste Frauenzug der Ostzonen-Eisenbahn, in Neubrandenburg, dem Verkehr übergeben. Selbst Lokomotivführer und Heizer sind Frauen. Andere Eisenbahnbezirke werden diesem "fortschrittlichen Beispiel" folgen. Ebenso sollen für andere schwerere Berufe, wie Schlackenabladen, Rangierbetrieb und nächtlichen Zugabfertigungsdienst in erhöhtem Umfang Frauen eingespannt werden.